

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Schulverwaltungsamt

**Finanzielle Situation der
Volkshochschule Heidelberg e. V.**

Informationsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Kulturausschuss	16.11.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Haupt- und Finanzausschuss	29.11.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Kultur- und Haupt- und Finanzausschuss nehmen die Informationen über die Situation der Volkshochschule nach den Kürzungen des Landeszuschusses zur Kenntnis.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 9	-	Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern
KU 1	-	Kommunikation und Begegnung fördern
KU 2	-	Kulturelle Vielfalt unterstützen
KU 3	-	Qualitätsvolles Angebot sichern
KU 4	-	Freiraum für unterschiedlichste, kulturelle Ausdrucksformen
KU 7	-	Zugangsmöglichkeiten zum kulturellen Leben verbessern

Begründung:
Durch die Kursangebote der VHS wird interessierten Menschen die Möglichkeit geboten, sich weiterzuqualifizieren. Ebenso ist die VHS ein kultureller Mittelpunkt im Erwachsenenbildungsangebot und bietet vielfältige kulturelle Anreize und einen Ort der Kommunikation durch gezielte Diskussionsforen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Bedingt durch die fortlaufenden Kürzungen der Landeszuschüsse verschärft sich die finanzielle Situation an der VHS drastisch. Auch die Zuschüsse durch die Stadt Heidelberg konnten nicht in dem Umfang aufrecht erhalten werden, wie dies in früheren Jahren der Fall war. Einen Ausgleich dieser Einnahmeausfälle durch eine Erhöhung des städtischen Zuschusses lässt die finanzielle Situation der Stadt Heidelberg nicht zu. Mit dem vom Gemeinderat beschlossenen Vertrag mit der VHS wurde versucht, einen gemeinsamen Weg zu finden, der den Anforderungen der VHS gerecht wird.

Begründung:

Über den neuesten Entwicklungsstand in der Weiterbildungsförderung des Landes Baden-Württemberg hat der Städtetag Baden-Württemberg mit einem Rundschreiben vom 23. Oktober 2006 informiert.

Darin wird u. a. folgendes ausgeführt:

„Das Land hat seine Weiterbildungsförderung im Juli dieses Jahres und damit inmitten des Haushaltsjahres der betroffenen Weiterbildungsträger von ca. 11,8 Mio. EUR/Jahr auf ca. 10,7 Mio. EUR/Jahr gekürzt. Dies entspricht einer Reduzierung um ca. 10 %. Hauptbetroffene dieser Kürzungsmaßnahme sind die in kommunaler Trägerschaft stehenden Volkshochschulen. Sie haben von dieser Entscheidung des Landes in der diesjährigen Mitgliederversammlung des Volkshochschulverbands Baden-Württemberg am 07.07.2006 durch Staatssekretär Georg Wacker MdL Kenntnis erhalten.“

Der landesweite Protest bei den Weiterbildungsträgern gegen diese Kürzung war groß und dauerhaft. Er besteht bis heute fort. Vor dem Hintergrund der in den letzten elf Jahren bereits vollzogenen Kürzungen in diesem Bereich ist dies mehr als verständlich.

Der Städtetag hat unmittelbar nach der Ankündigung des Staatssekretärs vom 07.07.2006 den Schulterschluss mit dem Volkshochschulverband Baden-Württemberg gesucht. In intensiven Verhandlungen mit Landesvertretern versuchten wir seither nicht nur, diese Kürzung rückgängig zu machen, sondern zudem im Raum stehende weitere Kürzungsrunden des Landes bei der Weiterbildung in jährlicher Millionenhöhe unter allen Umständen zu verhindern.

Das Land hat die Kürzung der gesamten Weiterbildungsförderung vom 07.07.2006 auf 10,7 Mio. EUR nicht revidiert. Drohende weitere Kürzungsmaßnahmen stehen allerdings für die in kommunaler Trägerschaft stehenden Weiterbildungseinrichtungen (v. a. Volkshochschulen) aufgrund der „Vereinbarung zwischen Herrn Ministerpräsident Oettinger MdL und den Herren Präsidenten der Kommunalen Landesverbände vom 18. Oktober 2006 über die Ausgestaltung der Finanzbeziehung zwischen Land und Kommunen in den kommenden fünf Jahren“ nun nicht mehr im Raum.

Nicht in kommunaler Trägerschaft stehende Weiterbildungseinrichtungen werden allerdings voraussichtlich weitere Kürzungen zu gewärtigen haben. Dem Vernehmen nach soll zu diesem Zweck bei der Gewährung von Landeszuschüssen für förderfähige Unterrichtseinheiten in der Weiterbildung künftig zwischen kommunalen und nichtkommunalen Trägern differenziert werden.

Es ist daher zu prüfen, ob durch den Vertrag, der zwischen der Stadt Heidelberg und der Volkshochschule besteht und in dem sich die Stadt zu einer erheblichen Förderung verpflichtet, eine Situation entstanden ist, die einer kommunalen Trägerschaft gleichzustellen ist.

Wie einer Berechnung des Volkshochschulverbands zu entnehmen ist, belaufen sich die Landeskürzungen im Vergleich zum Jahr 1995 nunmehr insgesamt auf 52,2 %. Kein vergleichbarer anderer Bereich musste derart schmerzhaft Eingriffe hinnehmen, die für viele Volkshochschulen Existenz bedrohende Dimensionen angenommen haben. Nach Erhebungen des Volkshochschulverbands stehen ca. 10 % der 175 Volkshochschulen durch sie nun vor dem Aus, weitere etwa 10 % sind konkret gefährdet. Aber auch viele der anderen Volkshochschulen können diese Eingriffe nur durch Hilfsmaßnahmen der Träger oder drastische Maßnahmen im laufenden Unterrichtsbetrieb auffangen.

Der städtische Zuschuss an die Volkshochschule ist seit Mitte der 90-er Jahre jährlich gestiegen, bevor aufgrund der finanziellen Situation der Stadt über 3 Jahre hinweg Kürzungen erfolgten. Insgesamt ist im Jahr 2006 der Zuschuss der Stadt an die Volkshochschule um rund 25% höher als im Jahr 1997.

Die Kürzung der städtischen Zuschüsse und ein Rückgang der Teilnehmerzahlen führte in der VHS in den Jahren 2003 und 2004 zu Defiziten (- 27 T€ und - 105 T€). In enormen Anstrengungen durch Personalabbau, Sachkostenreduzierung, Gebührenerhöhung und Straffung des Programms konnte die VHS dieses Defizit wieder abbauen. Seit 2005 können wieder schwarze Zahlen geschrieben werden.

Der für alle überraschende Beschluss der Landesregierung, die Mittel für die Weiterbildung erneut zu kürzen, bringt für die VHS Heidelberg im Jahr 2006 eine Mindereinnahme von ca. 17 T€

Die Teilnehmer-Zahlen sind – wohl primär wegen der wirtschaftlichen Situation der Privathaushalte – weiterhin rückgängig; das reduziert die Eigeneinnahmen der VHS und neutralisiert die finanziellen Ergebnisse des Personalabbaus und der Sachkostenreduzierung.

Den rückläufigen Einnahmen stehen aber erhöhte Anforderungen gegenüber:

•	es bedarf vermehrter Anstrengungen in sozial schwächeren Milieus für Weiterbildungsbereitschaft zu werben. Menschen mit mangelnder Bildung haben schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt, und sie sind stark eingeschränkt in der Teilhabe am öffentlichen Leben.
•	auch die Integrationskurse für Migranten sind sehr personalaufwändig, vor allem in Bezug auf die Betreuung und organisatorischen Abwicklung.
•	die Lehrkräfte der VHS erhielten seit vier Jahren keine Honorarerhöhung mehr. Die überwiegende Zahl der Lehrkräfte erhält ein Stundenhonorar von 18.50 € Eine wenigstens bescheidene Erhöhung um 0.50 € pro Unterrichtsstunde ist aus Sicht der VHS überfällig, wenn man kompetente und engagierte Lehrkräfte nicht verlieren will.
•	die Ansprüche der VHS-Teilnehmenden an Qualität im Unterricht und in den Rahmenbedingungen steigen. Fortbildung für die Lehrkräfte, intensive Teilnehmerberatung, guter Service rund um den Unterricht, ordentliche Möbel- und Medienausstattung u.ä. kosten Geld und Personaleinsatz. Die Sparrunden der letzten Jahre zeigen allmählich negative Auswirkungen und die VHS braucht wieder Ressourcen, um ihre Qualität (und damit auch ihre Kursteilnehmer) nicht zu verlieren.

Die VHS hat in den letzten zwei Jahren bewiesen, dass sie finanzielle Einbrüche durch Effizienzsteigerung auffangen kann. Die Ressourcen sind jetzt aber ausgereizt; zumal Kostensteigerungen im nächsten Jahr bereits vorhersehbar sind.

Wir bitten um Kenntnisnahme.

gez.

Dr. Gerner